

Zeitungspreis:
Einjährlich
Tag 2 Mk. 70 Pf.
den Postanstalten
in Briefmarken
Mk. 97 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Verlag und Druck
von G. Ehr. Sommer,
Dietz.

Dietz'sche Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklamezeile 75 Pf.

Ausgabestelle:
Dietz, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Godesberg

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 291

Dietz, Freitag, den 13. Dezember 1918

24. Jahrgang

Telephonische Nachrichten.

Einberufung des Reichstages.

Berlin, 12. Dez. Der Präsident des Reichstages hat am 12. Dezember an die Abgeordneten ein Schreiben geschickt, in dem er u. a. darauf hinweist, daß die Frist des Waffenstillstandes in den nächsten Tagen abläuft, und daß, auch wenn er verlängert werden sollte, der Abschluß des Friedens baldigst erfolgen müsse, um das Vaterland vor weiterem Schaden bewahrt werden solle. Die Nachrichten unserer Feinde lauteten mit Bestimmtheit, dahin, daß sie der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit nicht zuerkennen, daß sie jedoch die gegenwärtigen Organe der alten als berechtigt zur Schaffung einer Reichsregierung anerkennen. Zum Schluß heißt es: Ich berufe den Reichstag ein, behalte mir jedoch noch Bestimmung über Zeit und Ort vor. — Der Rat der Volksbeauftragten protestiert in einer Erklärung gegen die Einberufung mit dem Hinweis, daß die Behauptung, die Entente spreche der Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit ab, erkenne jedoch den Reichstag als verhandlungsfähig an, entbehre jedoch Begründung. Der Rat der Volksbeauftragten habe wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Organe nicht mehr in Betracht kämen. Sollte der Präsident den Reichstag einberufen, werde er die Folgen zu tragen haben.

Die Hungersperre über die deutsche Ostseeküste.

Berlin, 12. Dez. Der durch den Waffenstillstand den Engländern erlaubte Eintritt in die Ostsee hat den angedachten Verkehr der Deutschen mit den nördlichen Häfen lahmgelegt. Die Engländer verlangen über die deutsche Ostseeküste die Hungersperre. Das verstoßt gegen die Waffenstillstandsbedingungen. Aber auch die nördlichen Länder bleiben von dieser neuen Verhängung nicht unberührt. So kann die Verschiffung von Holz, Petroleum usw. von Deutschland für den nördlichen Heringsfang nicht stattfinden; ebenso liegen in nördlichen Häfen Dampfer mit Fischprodukten, die verderben.

Der Vormarsch der Tschechen.

Prag, 12. Dez. Heute Abend wurde Karlsbad von 800 tschechischen Soldaten und 300 Offizieren besetzt.

Frankreichs Annexionswünsche.

Rotterdam, 12. Dez. Der Brüsseler Korrespondent des Neuen Rotterdamschen Courant meldet, in Brüssel herrsche der Eindruck, daß die Gerüchte über die Wegnahme der Scheldemündung, von Seeländisch-Flandern und Schlämburg darauf zurückzuführen seien, daß Frankreich den Wunsch habe, Luxemburg zu annektieren und dafür Belgien jene Gebiete überlassen wollte.

Die schlimme Lage unserer Finanzen.

Berlin, 10. Dez. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. Schiffer hielt in der Handelskammer vor den maßgebenden Vertretern des Finanz- und Wirtschaftslebens einen Vortrag über die Finanzlage der neuen deutschen Republik. Er sagte ungefähr folgendes:

Ich rücksichtslos zu äußern, sei ihm selbst Bedürfnis gewesen. Wenn je, so sei es jetzt geboten, sich nichts vorzumachen, sondern den nackten und brutalen Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Die Finanzlage sei unübersehbar. Im Herbst habe man berechnet, daß die Kostenlast im Oktober auf 19 Milliarden (14 für das Reich, 5 für Staat und Kommunen) angewachsen sein würde. Alle diese Berechnungen seien jetzt in Scherben geschlagen. Heute ständen wir überall vor unbekannten Größen. Einmal wüßten wir nicht, in welchem Umfang, in welcher Frist und in welcher Art unsere Feinde ihre Ansprüche geltend machen werden, zum anderen kennen wir uns selbst noch nicht, d. h. den Umfang unseres Reiches, das Verhältnis zu den Bundesstaaten und das Verhältnis zum Ausland. Wir könnten daher heute nur von der Hand in den Mund leben, eins aber sei sicher: Wenn es so weiter geht, wie jetzt, so gehen wir schließlich zugrunde und können uns dann alles Kopfzerbrechen über unsere Finanzlage ersparen. Denn wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Republik ihr Recht verloren.

Wir sind ein armes Land; uns mangelt es an Erz, Tropenprodukten. Wir können heute nicht mal mehr den Umfang unserer Kohlenbestände, auch die Nahrung reicht nicht aus. Wir haben daher drei Aufgaben:

1. Sparen und zusammenhalten, was da ist. Gegenwärtig leben wir in keiner Periode großer Sparamkeit. (Sehr richtig.) Tatsache ist, daß die gegenwärtige Regierung sehr viel teurer wirtschaftet, als die frühere. Man sprach von 800 Millionen in 14 Tagen, die tatsächlich nicht von der Regierung in die eigene Tasche gewirtschaftet sind, aber daß Hunderte von Millionen, und zwar weit mehr als eine Milliarde durch ordentliche und

nicht ordentliche Stellen in die Luft gegangen sind, ist unabweisbar. In unverantwortlicher Weise sind auch die Lagerbestände der Heeresleitung gesäubert und verschleudert worden. All das muß das deutsche Volk bezahlen.

2. Wir müssen die Arbeit vermehren und die Produktion steigern. In der Nähe der Großstädte jagt man nach Arbeitern, während in den großen Städten selbst die Arbeitslosigkeit täglich zunimmt. Die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land wird ein entscheidendes Zukunftsproblem sein. Auch die wilden Streiks und die übertriebenen Lohnforderungen müssen aufhören. Die Arbeitgeber sind nicht genug beteiligt.

3. Wir müssen den Kredit im In- und Auslande wiederherstellen und sichern. Die Unklarheit der Verhältnisse bewirkt die Verschleuderung der Kriegsanleihen und die sinnlose Notensamsterei. Im Ausland begegnen die Wechsel der Großbanken Mißtrauen, und Kredite werden gekündigt. Unser Kredit war unser Stolz. Die Persönlichkeit des deutschen Kaufmanns ist ein fester unverrückbarer Wert. Unsere Saluta aber sinkt nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern wegen des Verdachtes, daß bei uns das Chaos kommt. Auch die Friedensbedingungen werden daher, wenn das nicht aufhört, nicht auf unsere Kreditwürdigkeit aufgebaut werden, sondern auf rohe Gewalt, und werden zur Lohnklavierei führen. Ordnung, Ruhe, Recht und Gesetz müssen wieder eingesetzt werden. Das deutsche Wirtschaftsleben hält ein langes Probatorium nicht mehr aus. Alle, die dazu in der Lage sind, müssen umgehend handeln.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 11. Dez. Der Reichsleitung und dem Reichsausschuss des Innern gehen täglich aus allen Teilen des Reiches und der noch besetzten Gebiete von größeren und kleineren Körperschaften, von Parteien, von Arbeitern und Soldaten usw. Hunderte von Depeschen zu, mit dem dringenden Wunsch, den Termin für die Nationalversammlung wesentlich früher, spätestens bis Mitte Januar anzusetzen. Eine Veröffentlichung der einzelnen Körperschaften würde zu weit führen. Genannt seien hier nur die Deutsche demokratische Partei Württembergs, das Staatsministerium Meiningens, die Volkspartei in Götting, die deutsche demokratische Partei in Effen, der Hansabund usw.

Eine neue englische Drohung.

Berlin, 11. Dez. Die Verhandlungen mit der britischen Kommission in Wilhelmshafen lassen erkennen, daß Forderungen nicht zu erreichen sind. Trotzdem der englische Vertreter in Spa auf Ablieferung des Panzerkreuzers Madras verzichtete und trotzdem, wie deutscherseits mitgeteilt, dieses Schiff nicht vor vier Monaten schiffbereit sein kann, hat der englische Admiral die Nichterfüllung seiner Forderung, das Schiff bis Ende Dezember zur Ueberführung fertigzustellen, als Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bezeichnet und in diesem Sinne seiner Regierung berichten zu wollen erklärt. Er besteht ferner auf Auslieferung der nach dem Abferren rechtmäßig in deutschen Besitz übergegangenen Schiffe. Trotz des Hinweises auf die bedenklichen Folgen für die deutsche Volksernährung zeigte die Kommission kein Entgegenkommen in der Frage der Freigabe der Fischerei und des Verkehrs zwischen den deutschen Häfen und bezog sich auf die diesbezügliche bereits erfolgte ablehnende Antwort Brüssels. Der englische Admiral verlangt ferner, daß bis zum 17. Dezember sämtliche Besatzungen von außer Dienst gestellten Schiffen interniert werden bis auf die Instandsetzungskommandos. Bei den Verhandlungen über die Uebergabe der internierten Entente-Schiffe hat die englische Kommission gedroht, die Waffenstillstandsverhandlungen abubrechen, wenn nicht eine glatte Abwicklung gemäß den in den Kommissionsverhandlungen festgesetzten Anordnungen erfolgen würde.

England.

Saldane über die Mobilisierung Englands. Der frühere englische Kriegsminister Saldane sagte, wie der Neuen Courant in Rotterdam meldet, über die Vorgeschichte des Krieges: Wir haben am Montag, den 3. August 1914, um 11 Uhr, mobilisiert. 33 Stunden bevor wir den Krieg erklärten. Die Mobilisation war keine Kriegserklärung. Wir konnten auch im Frieden mobilisieren, um bereit zu sein. In den wenigen Stunden nach der Kriegserklärung war mit Hilfe der Flotte das Expeditionskorps über den Kanal, bevor jemand etwas wußte. Das Detachement erreichte den Konzentrationsplatz innerhalb 9 Tagen. Das war das Ergebnis der damaligen Frage, für welches Ziel die Expeditionsarmee notwendig ist?

Amerika.

Bern, 11. Dez. Wie der Amerikanische Pressedienst in der Schweiz aus Brooklyn meldet, erklärte der Handelsminister der Vereinigten Staaten vor der Brooklyn Handelskammer, daß 4000 Tonnen Maschinen

und Werkzeuge im New Yorker Hafen zum Verschiffen bereitliegen. Der Auftrag für die Werkzeuge und Maschinen betrage zehn Millionen Dollars. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den französischen Kohlenbergwerken ließe bevor. Es sei aller Wahrscheinlichkeit mit einer Nachfrage von Rohmaterialien zu rechnen, deren Wert in die Milliarden gehe, die größtenteils von Amerika zu liefern seien, da Großbritannien für sich selbst sorgen müßte. Die deutschen Bedürfnisse seien dabei nicht berücksichtigt, da zuerst jene Nationen beliefert werden, die für die Entente gekämpft haben.

Belgien.

Bern, 11. Dez. (B. S.) Wi oder Petiti Parissen aus Brüssel meldet, hat die Brüsseler Stadtverwaltung eine Verfügung ergehen lassen, nach der deutsche Erzeugnisse künftig nicht mehr für häusliche Rechnung angeliefert werden dürfen. Ferner sollen Angebote von Firmen, die mit dem Feinde Handel treiben, nicht mehr berücksichtigt werden. Die belgischen Banken haben alle Beamten deutscher Abkunft entlassen.

Vor dem Sturze der russischen Bolschewiki.

Stockholm, 11. Dez. Laut Dagens Nyheter ist der frühere russische Premierminister Tschernomirski zusammen mit General Goltzki und anderen in Stockholm eingetroffen. Seine Absicht soll sein, hier ein neues russisches Ministerium zu bilden, das nach dem Sturz der Bolschewiki die Regierung übernehmen sollte. Als deren Mitglieder werden genannt: Fürst Volkonski, Baron Taube, Senator Jassladski, General Kossowski und andere. Die Bildung des Ministeriums geschieht in Fühlung mit der Entente. Nach Dagens Nyheter ist General Judentich, der Eroberer von Erzerum, nach langer Irrfahrt ebenfalls in Stockholm eingetroffen.

Die Bekleidungsfrage fast vollständig gelöst.

Berlin, 11. Dez. Jedem am 9. 11. 1918 und später aus dem Heere ausscheidenden Unteroffizier und Mann sollte unentgeltlich ein Entlassungsanzug mitgegeben werden. Durch Eingriffe und Beschlagnahme Unteroffizier, durch Plünderung und unberechtigten Verkauf in den ersten Tagen nach der Revolution sind die Kammerbestände und Bekleidungsfrage fast vollständig gelöst. Neue Anzüge müssen erst wieder angefertigt werden, ihre Herstellung kostet Zeit. Es wird alles daran gesetzt, sie rasch herzustellen. Soweit neuer Vorrat da ist, wird zuerst das Feldheer versorgt. Das Heimatheer wird sich mit Sachen begnügen müssen, die es bereits hat. Sie sind durchschnittlich nicht so verbraucht, wie die Anzüge des Feldheeres. Wer künftig einen besseren Anzug erhält, muß den alten unbedingt zurückgeben; er wird dringend zur Herstellung weiterer Entlassungsanzüge gebraucht. Kameraden! Wir bitten Euch, würdigt die Lage, die nicht durch uns verschuldet ist. Habt Geduld und Verdraul mit dem Staat für Rücklieferung anständig zurückgehaltener Bekleidung! Schützt die Kammerbestände! Hindert den Verkauf und die Verschleuderung. — Der Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats. — Vorsitzender Aufsichtsrat zur Kenntnis der Arbeiterschaft. Kriegsminister Seelisch: Unterstaatssekretär Böhre.

Die besetzten Gebiete.

Berlin, 11. Dez. (B. S. B.) Aus Wiesbaden wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet: Hier ist nach einer Anordnung des Obersten Kommando, des hiesigen Kommandanten, der Straßen- und Brückenverkehr von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gesperrt. Für Feuerwaffen und Munition besteht Abgabepflicht. Der Drahtverkehr ruht. Der Verkehr mit dem anderen Ufer ist nur für Lebensmittel- und Industriebedarf gestattet.

Ein Protest der deutschen Waffenstillstandskommission.

Berlin, 10. Dez. Amtlich. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa hat am 9. Dezember an den Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission folgende Note gerichtet: Wir protestieren gegen eine anmaßliche und wohlwollende Behandlung der Mitglieder der deutschen Uebergabekommission für rollendes Material gefordert worden. Obwohl es sich um Organe der Waffenstillstandskommission handelt und trotz der von Warschau noch für das Eisenbahnpersonal gegebenen Zusicherungen sind Mitglieder der Uebergabekommission weiterhin in höchst unwürdiger und entehrender Weise behandelt worden. In Brüssel sollen etwa 80 hohe deutsche Beamte und Eisenbahnbedienstete in zwei Kasernenzimmern untergebracht worden sein, in denen nicht einmal für Betten gesorgt war. In Lüttich hat das Eisenbahnpersonal sich in ungeheiztem Zuge aufhalten müssen, weil keine Quartiere angewiesen wurden. Am 5. Dezember nachmittags wurden sie in Gruppen zu 20 Mann zum Eisen geführt. Voran ging ein Schutzmann, zu beiden Seiten je drei Soldaten. Beim Verlassen des Bahnhofes rief der Schutzmann der Bevölkerung laut zu: Achtung, macht Platz für die deutschen

Portes. Nach Paris! Der Schutzmann erzählte die Nummer 115. Die Deutschen wurden darauf von der schreienden Menge beschimpft. Als die zweite Gruppe zum Essen kam, war die erste noch beim Essen. Die Leute der zweiten Gruppe mußten sich daraufhin an die gegenüberliegende Wand stellen. Der Schutzmann stand dabei, ebenso vier Mann der Bewachung. Das Publikum konnte die deutschen Beamten auf diese Weise länger als eine halbe Stunde beschimpfen. Als die Deutschen am 6. Dezember an der Mauer standen und auf das Essen warteten, kam ein französischer Offizier vorbei und rief laut in deutscher Sprache: „Ihr deutschen Schweine, seid ihr da? Euch müßte man kaputt machen!“ Ferner verboten die belgischen Soldaten den Deutschen, zu rauchen und zu sprechen. Deutsche Ruten zu 50 Mark wurden nirgends angenommen. Außer einem warmen Mittagessen haben die Leute keinerlei Verpflegung, auch kein Brot erhalten. Gegen diese unerhörte Behandlung ehrenwerter deutscher Männer, die im Vertrauen auf die Zusicherungen des Marschalls Foch nach Belgien gekommen sind, wird ernstlicher Protest erhoben. Bestrafung der Schuldigen wird erbeten. Mit allem Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß unter solchen Verhältnissen keinem deutschen Manne zugemutet werden kann, im gekümmerten Gebiet Dienst zu tun, und daß damit die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen gemäß Ziffer 7 des Waffenstillstandsvertrages unmöglich gemacht wird. — 94. v. Wintersfeldt.

Berlin, 12. Dez. Die erste Sitzung der über die Verlängerung des Waffenstillstandes beratenden Delegation ist heute vormittag in Trier eröffnet worden. Die Verhandlungen werden in einem Saal am Bahnhof geführt. Der Abbruch der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission wird auch während der Verhandlungen peinlichst durchgeführt. Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission sind nicht nur von jedem Verkehr privater Art mit der Außenwelt abgeschlossen, sondern auch der Meinungsausübung mit den Vertretern der deutschen Behörden wird ihnen nicht ohne die peinlichste Kontrolle gestattet. Dieser Vorgang widerspricht jedem Verkommen und steht im schärfsten Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerrechts, um so mehr, als diese Abfassung der Mitglieder der Waffenstillstandskommission im eigenen Lande erfolgt.

Deutschland.
Berlin, 12. Dez. Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung bestätigt sich die von der Kreuzzeitung gestern abend verbreitete Mitteilung, daß der Staatssekretär Solf sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Eine Entscheidung über das Gesuch ist von der Regierung noch nicht getroffen worden.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Freigabe linksrheinischer Bahnhöfen. Die Kölner Eisenbahnverwaltung teilt mit, daß ab Dienstag, 10. Dezeber, folgende Strecken linksrheinisch für den Verkehr wieder freigegeben sind: Die Züge Richtung Coblenz verkehren bis Aachen; Die Züge Richtung Trier teilweise bis Gerolstein, Jülicher, Trier; Die Züge Richtung Herborn bis Duren, Aachen und Herborn; Die Züge Richtung Köln verkehren wieder über Neuf, Aachen-Köln; ebenso Richtung Grenzbrunn-München-Gladbach.

Frankfurt a. M., 10. Dez. Bei der in ungeheurem Maße durchgeführten Verschleuderung der Kleiderbestände der hiesigen Magazins des 15. und 18. Armeekorps, die nach Mitteilungen in der heutigen Stadtverordnetenversammlung allein auf die völlige Desorganisation der militärischen Behörden zurückzuführen ist, sind Mäntel, Hülsen, Stiefel und Jacken bis auf winzige Reste völlig ausgegeben worden. Infolgedessen ist das städtische Bekleidungsamt, das diese Miesenbestände für die ärmere Bevölkerung ausgeben wollte, nicht in der Lage, in absehbarer Zeit Kleider zu verabsorgen.

Doch treu geblieben.

Zeitgenössischer Roman von Schffert-Klinger.
Nachdruck verboten.

„Ich bin zu meiner militärischen Ausbildung hierher kommandiert worden“, begann Eschmer nach einer Weile, „und es wäre ja geradezu unglaublich, wenn ich hier möglicherweise beim Drill mit Doktor Sudhoff zusammenstreffen sollte.“

„Er ist längst mit seinem Bataillon zur Front kommandiert“, sagte Anika, ihrer Stimme gewaltsam festen Klang verleihend.

Eschmer bemerkte den Zwang, welchen sie sich antat. Die Rekruten sollen, wie ich hörte, hier besonders scharf herangekommen werden“, warf er hin, „aber was duldet man nicht für Vaterland! Ich kann die Zeit nicht erwarten, ins Feld, an eine Stelle zu kommen, wo es scharf hergeht. Ein Gutes hat diese furchtbare Kriegslage. Wer ein Unrecht begangen, braucht sich mit Gewissensbissen nicht mehr herumzuplagen. Auf dem Schlachtfeld kann jede Schuld gezahlt werden.“

Anika sah zum ersten Male voll in Eschmers hübsches Gesicht, das nur durch einen leichtfertigen Ausdruck beeinträchtigt wurde. In ihren schönen, sprechenden Augen las Eschmer eine stumme Frage.

Er zögerte, dann aber sagte er hastig, als fürchtete er, bei längerem Schweigen anderen Sinnes zu werden: „Ich bitte Sie um eine Unterredung, gnädiges Fräulein, und werde mir erlauben, Ihren verehrten Eltern einen Besuch zu machen.“

„Ich habe nur noch eine Mutter, Herr Assessor, und die wird Sie gern empfangen. Selbstgrauer Besuch ist uns immer willkommen!“

In diesem Moment hob Erwin, welcher am nächsten Tisch saß, sein Glas. „Auf dein Wohl, Anika, grüß, bitte, die Tante, und entschuldige mich bei ihr! Seit einer Woche war ich nicht draußen, die Arbeit wächst einem jetzt über den Kopf.“

„Deinen Gruß werde ich bestellen, Erwin, aber komm

Aus den Militärlagern konnte lediglich Unterwäsche gerettet werden, die aber auch bei weitem nicht zur Versorgung der Bevölkerung ausreicht ist. Der Schaden, der durch die Plünderung der Frankfurter Bekleidungsämter entstanden ist, beläuft sich auf ungezählte Millionen und ist unüberwindlich verloren, da nicht die geringste Kontrolle geübt wurde. Manche Leute haben ihren Kleiderbedarf fürs Leben eingebüßt.

Bad Wiblingen, 10. Dez. Dem hiesigen Ersatzbataillon 136 wurde die in einem schweren Koffer aufbewahrte Kasse, etwa 40 000 Mark nützlichweise gestohlen.

Coblenz, 11. Dez. Ein Telegramm des Arbeiterrates an die Reichsregierung Adolf Hoffmann hat folgenden Wortlaut: In großen Versammlungen Rheinlands wird die Gründung rheinischer westfälischer Republik angestrebt, was großes Unglück für Einheit des Reiches bedeutet. Ursache liegt in den Maßnahmen und Bestrebungen des Kultusministers. Einwirkung auf Hoffmann unbedingt erforderlich, da sonst Gefahr der Zerstörung unaussprechlich. — Im Mißverständnis vorzugehen, ist auf Anwendung des Amerikanischen Kommandos in Coblenz lediglich bestimmt worden, daß sich amerikanische Mannschaften nicht über 9 Uhr hinaus in hiesigen Wirtschaften aufhalten dürfen. Im übrigen steht den Bürgern der Besuch von Wirtschaften bis zur Polizeistunde — 11 Uhr unbehindert offen. Es wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß in allen Wirtschaften, punkt 11 Uhr das Licht gelöscht sein muß.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Das Eisenerz erhielt in den letzten Kämpfen im Westen der Moselkrieger Hermann Wagner, Sohn des Reichsministers Wagner, hier.

Wohlfahrtsausschuß. Zu den Vorständen des Wohlfahrtsausschusses wurden gewählt Pfarrer Koppmann (Vorsitzender) und Ingenieur Dobrysch.

Notgeld. Die Fertigstellung des für die Stadtgemeinde Bad Ems eingeführten Notgeldes erfolgt in den nächsten Tagen; mit der Ausgabe von Zehnmarktscheinen ist bereits begonnen worden. Die kleineren Geldscheine werden als bald folgen. Das Notgeld wird in der Stadt und Umgebung von allen öffentlichen Kassen usw. in Zahlung genommen. Es werden veranschlagt: 50 000 M. in Zehnmarktscheinen, 50 000 M. in Fünfmarktscheinen, 15 000 M. in Einmarktscheinen, 25 000 M. in 50-Pennigscheinen und 10 000 M. in 10-Pennigscheinen. Im Ganzen 150 000 M.

Sitzung der Stadtverordneten zu Bad Ems, am 12. Dezember 1918.

Anwesend der Vorsitzende Franz Erniß und 17 Stadtverordnete; vom Magistrat Bürgermeister Dr. Schubert und Beigeordnete Sanitätsrat Dr. Bogler und Otto Balzer.

Vom Völkerausschuß waren Pfarrer Koppmann und Lehrer Schmidt als Zuhörer erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Einführung und Verpflückung des zum Stadtverordneten wiedergewählten Ingenieurs Albert Linkenbach.

1. Auch in diesem Jahre war beabsichtigt, unseren Kriegern eine Weihnachtsfeier zukommen zu lassen, die vom Roten Kreuz bereits fertiggestellt wurde. Inzwischen ist der Anweisung eingetreten. Das Rote Kreuz fragt nun an betreffend die Bezahlung, die 1200 Mark ausmacht. Der Vaterländische Frauenverein und der Rote Kreuz-Verein haben je 300 Mark zur Verfügung gestellt. Außerdem haben die Lieferanten 200 Mark nachgelassen, sodaß noch 400 Mark verbleiben, um deren Bezahlung der Magistrat nachsucht. An der Aussprache beteiligen sich besonders Geheimrat Dr. Meuter, der den Antrag unterstützt, sowie Stadtv. Vog. der den Wunsch ausdrückt, die Sachen an die hiesigen Krieger zu verteilen, für die sie bestimmt waren. Die Versammlung bewilligt den Zuschuß. Ueber die Ver-

wendung der Sachen, die bisher noch nicht hier eingebracht sind, wird der Magistrat bestimmen.

2. Der Sicherheitsleistung des Kassen-Affidanten Mag. in Höhe von 5000 Mark wird zugestimmt.

3. Bewilligung von Geldmitteln für außerordentliche Aufwendungen infolge der Revolution. Infolge der politischen Umwälzung sind bisher bezahlt an den Stadtrat 271 Mark, an den Soldatenrat 1364 Mark, an die Bürgerwehr 2037 Mark. Bürgermeister Dr. Schubert bemerkt, daß wegen Auflösung der Räte und der Bürgerwehr keine weiteren Kosten erwachsen würden. In der Aussprache berichtet Stadtv. Bleichrodt über die Bildung der Bürgerwehr, die deshalb eingerichtet worden sei, weil der Soldatenrat nicht die Sympathie des Bürgerhauses gehabt habe. Er selbst sei mit der Bildung dieser Wehr beauftragt worden, die sehr notwendig gewesen sei bei dem Durchmarsch und den zahlreichen Diebstählen. Die ausgeschickten Wachen habe man bereits eingesetzt, doch sei es wünschenswert, daß die Patrouillen (4 Mann) noch bleiben bis zum Eintreffen der Besatzung. Die Kosten würden 28 Mark für den Tag betragen; es handle sich ja nur um kurze Zeit. Einem Einwande des Stadtv. Müller gegenüber, der die Bezahlung für zu hoch hält resp. Heranziehung Minderbemittelter zu diesen Kosten verurteilt, antwortet Stadtv. Bleichrodt, daß es ihm schwer gehalten habe, die Leute für 7 Mark herbeizuschaffen. Bürgermeister Dr. Schubert bittet um Bewilligung der Kosten, da dem K. und S. Rat wie der Bürgerwehr zu danken sei, daß die Umwälzung hier so ruhig und glatt verlaufen sei. Die bereits verausgabten 3672 Mark werden darauf bewilligt, ebenso die noch für die Patrouillen aufzubringenden Ausgaben. Die Kosten dürfen vom Reich ersetzt werden.

4. Lohnregulierungen der städtischen Arbeiter. Eine Anzahl städtischer Arbeiter hat unter Hinweis auf die anderorts gültigen Zulagen in einer Eingabe um Lohnerhöhung gebeten. Der Magistrat hat beschlossen, den Monatslohn von Meufels auf 150 Mark, von Landgrebe, Müller und Koffine auf 140 Mark festzusetzen. Bezüglich der übrigen im Tagelohn beschäftigten Arbeiter behält er sich selbst Beschlußfassung vor. Der Bürgermeister bekräftigt den Beschluß unter Hinweis darauf, daß die Stadt sich nach den in Privatbetrieben hiesig festgesetzten Löhnen richten müsse und daß es sich bei den in Frage kommenden Personen um ungelernete Arbeiter handle. Stadtv. Lichte betont, daß es gegenwärtig am schlechtesten den kleinen Handwerker, kleinen Kapitalisten und Hausbesitzer gehe. Stadtv. Gräf ist der Meinung, daß mit den dauernden Aufbesserungen jetzt Schluss gemacht werden müsse, da die Verhältnisse von Tag zu Tag schlechter würden. Auf eine Frage des Stadtv. Müller, warum die Stadt gleich die achtstündige Arbeitszeit eingeführt habe, erwidert Bürgermeister Dr. Schubert, daß dies regierungsseitig bestimmt sei. Außerdem wolle die Stadt gar nicht anders handeln wegen des Beschäftigungsmangels. Stadtv. Dankel weist darauf hin, daß die Bezahlung überall den Achtstundentag abgeseht habe; wenn er hier lediglich als vorläufige Maßnahme gelten solle, so habe er nichts dagegen. Stadtv. Müller und Bleichrodt treten dafür ein, den Vorarbeiter Müller, der Maurerpoller sei und im Hoch- und Tiefbau gelernt habe, als Beamten anzustellen. Bürgermeister Dr. Schubert entgegnet, daß bereits zahlreiche Beamtenstellen geschaffen wurden, da die Städte nicht in bisherigen Stille weiterarbeiten könnten. Stadtv. Gräf erkennt die guten Leistungen des Vorarbeiters Müller an, aber es liege doch von ihm kein Verlangen vor. Stadtv. Fischer wünscht den Vorarbeiter Müller mit Meufels gleichzustellen. Demgegenüber weist Vorarbeiter Erniß auf die heutigen schwierigen Verhältnisse hin; da man über die Zukunft so im Dunkel sei, müsse man mit allen Aufbesserungen vorsichtig sein. Er könne die Ansicht des Vorredners, daß wir besseren Zeiten entgegenzögen, jedenfalls nicht teilen. Stadtv. Sanner betont, daß die

wünscht. Ein reichhaltiger Streich wird wohl vergessen, doch niemals vergehen und Jahrzehnte lang ist unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit kolportiert.“

„Der Himmel mag mich behüten“, lachte Eschmer, „da lobe ich mir unsere Großstadt! Das Einzelkind verfinstert in der Flut wie ein Tropfen im Saude. Unbeglückt, ohne Furcht, fröhlich zu werden, lebt jeder sein eigenes Leben. Diese Zusammengehörigkeit muiet ja beim ersten Eindruck sehr herzlich an, aber sie ist unteufelhaft sehr ungesund.“ Nur Jugendbolde vertragen die Lupe der kleinasiatischen Spionage.

Anika nickte finierend. „Wer etwas zu verbergen hat, ist nicht gut daran. Ein Zufall spielt fast immer den Verräter. Aber man braucht ja nichts zu tun, was der öffentlichen Meinung mißfallen könnte. Ich fühle mich wohl und geborgen in meiner Vaterstadt und möchte sie am liebsten niemals verlassen. Hier kennt und schätzt man mich, hier bin ich eine Persönlichkeit, draußen nur eine von vielen. Wie leicht ist ein weibliches Wesen in der Großstadt Mißdeutungen ausgesetzt! Hier bin ich vor jeder Nachrede sicher. Wie angenehm und beglückend ist das!“

„Ja, Sie haben recht“, bestätigte Eschmer und küßte ihre Hand. „Man erobert sich soeben von den Tischen. Demnach wäre es besser um die Menschheit bestellt, wenn wir nur Städte von hunderttausend Einwohnern hätten, wo jeder die Kontrolle des Nächsten fürchtet und sich hütet, aus dem Biets zu geraten.“

In Gedanken verglich er dieses schöne stolze Mädchen, welches den Trivialitäten der großen Welt so unendlich fern stand, mit Lona, die er einer tiefen Herzensneigung nicht für fähig hielt.

Er war ihr leidenschaftlich ergeben gewesen, ihr Schmolzen, ihre Launen, ihr eigentümliches, schauspielerhaftes Verhalten hatten ihn angeregt, in Atem gehalten. Er war so ganz in ihrem Banne gewesen, daß er sie gehätselt hätte, wenn er vermögend gewesen wäre.

Aber durch die Szenen, die sie ihm oft gemacht hatte, hatte sie ihm die Kleinlichkeit und den Egoismus ihres Charakters mehr und mehr verraten.

(Fortsetzung folgt.)

Stadt Beamte genug habe. Das Baubüro, das 10 000 Mark kostete, ohne die Leitung der Tiefbauarbeiten mit überzunehmen, zumal jetzt so wenig gebaut werde. Noch mehr Beamte angestellt, halte er für falsch. Die Magistratsvorlage wird angenommen.

5. Verkauf und Verkauf des Viehbestandes des hiesigen Reservelazarets. Die Stadt hat den Viehbestand des hiesigen Reservelazarets, 13 Kühe, 15 Schweine (Ferkel), 64 Hühner, sowie die vorhandenen Gerätschaften und Futtermittel für 10 000 Mark übernommen, dem einmütig zugestimmt wird. Die Schweine und Hühner sind bereits verkauft. Der Bürgermeister fragt nun, was mit den Kühen werden solle. Sollte die Stadt sie behalten oder wieder verkaufen? Er sei der Meinung, daß es besser sei, diesen „städtischen Kuhstall“ aufzulösen, da bei solchen Wirtschaften, wo das persönliche Interesse nicht besteht, meist nichts herauskomme. Die Kühe — es seien bereits zwei Kübel hinzugekommen und noch mehr zu erwarten — gäben täglich 70—80 Liter Milch. Futter sei ebenfalls vorhanden. Die Aussprache, an der sich besonders die Stadtv. Bleichrodt, Gräf, Schupp, Linkenbach, Geheimrat Dr. Reuter beteiligten, ergab einstimmige Befürwortung der Beibehaltung der Kühe. Stadtv. Bleichrodt meint, diese Kühen im Schlachthofe gut untergebracht werden. Es müsse für unsere Jugend gesorgt werden, damit sie wieder Milch bekomme. Wenn die Tiere an Private verkauft würden, wisse man nicht, wo die Milch hinwandre. Stadtv. Dr. Trost stimmt dem bei, wenn auch kein Geschäft mit der Kuhhaltung gemacht werden könne. Es herrsche ein großer Mangel an Milch, die zudem noch geringe Qualität aufweise. Ein kolossales Mergernisse sei es gewesen, daß für Kranke und Kinder keine Milch vorhanden gewesen sei, daß sie aber in Massen in die Hotels gebracht wurde, was nicht verheimlicht werden könne. Vielen Patienten sei die Milch Kerkweise verschrieben worden, während andere nichts bekommen hätten. Vorlieber Gemisch hält dem entgegen, daß dadurch, daß die Milch von auswärts in die Hotels gekommen sei, die Emser Einwohner nicht um 1/2 Liter gekümmert wurden. Stadtv. Dr. Trost: Auch die Milch, die hier produziert wurde, sei der Emser Bevölkerung entzogen worden. Er sei nicht gegen die Kur, aber alles habe seine Grenzen. Stadtv. Geheimrat Dr. Reuter bemerkt, daß es nach den Worten des Dr. Trost so scheine, als hätte er den Vortritt erhoben, daß die Ärzte nicht immer nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hätten. (Stadtv. Dr. Trost vernimmt das.) Die Ärzte hätten die größten Schwierigkeiten mit den Kurgästen wegen der Milchfrage gehabt. Zudem seien viele schwer krank, z. B. Nierenleiden, denen man es nicht ansehe, während andere bei schlechtem Aussehen kerngesund wären. Der Ungezweirte könne da zu falschen Urteilen kommen. Die Magistratsvorlage wird darauf zurückgewiesen und ein Beschluß gefaßt, dahingehend, daß die Stadt die Kühe im Interesse der Milchversorgung unserer Kranken und Kinder behalten soll.

6. Der Kostenanschlag betr. die Verbesserung der Kanalanlage in der Rümerstraße (vor dem Hause „Prinz Karl“) in Höhe von 800 Mark ist von der Baukommission verworfen und ein neuer Anschlag aufgestellt worden, wonach die Arbeiten 1000 Mark beanspruchen werden. Nach näherer Erläuterung der Notwendigkeit dieser Verbesserung durch Stadtv. Bleichrodt wird der Ueberschreitung von 200 Mark zugestimmt.

7. Für die Leitung der Kanalaussaufrobre durch den dem Wasserbauamt gehörigen Leinpfad beansprucht letzterer von der Stadt eine Anerkennungsgeld von 3 Mark. Nach Verlesung des sehr eingehenden und umfangreichen Schriftstücks genannter Behörde betreffend den Erlaubnisfchein wird die Vorlage genehmigt.

8. Mitteilungen. Der vom Revisor Wendel aus Hannover verfaßte Bericht über die Prüfung der Stadtkasse wird vorgelegt. Es wird darin gesagt, daß die Revision ein gutes Bild der Kassenführung ergeben habe, die tadellos in Ordnung sei. Die Vergabe einer Stillkassa für den Stadtrechner wird empfohlen. — Bezüglich der Frage der Erweiterung der Diensträume im Rathaus hat sich der Magistrat dahin entschieden, die Sache in einem Jahre wieder vorzulegen. — In der Salbungsfrage führt Stadtv. Sanner Beschwerde über den schlechten Zustand der Kartoffeln im Schlachthof; ein Drittel sei faul, und die übrigen würden es bei der hohen Lage in 14 Tagen noch werden. Der Bürgermeister bemerkt, es sei durch den Feldhüter anders unterrichtet. Doch würde die Ausgabe der Kartoffeln so schnell wie möglich erfolgen. Stadtv. Schupp bemängelt die schlechte Ausführung der Verbesserungen an den Holzabfuhrwegen, wobei Stadtv. Sanner zustimmt. Bürgermeister Dr. Schupp teilt dann auf eine Anfrage nach Auskunft über die bevorstehende Befehung durch die Amerikaner. Bestimmung sei noch nicht bekannt, doch hätten die vier Offiziere, die hier gewesen seien, davon gesprochen, daß der Plan, hier Lazarette einzurichten, fallen gelassen sei und daß wahrscheinlich ein Teil des amerikanischen Hauptquartiers hier untergebracht werden solle. Insgesamt etwa 200 Offiziere (darunter 2 Generale, 20 Obersten), ferner 50 Büros, 7 Autos und 700—1100 Mann. Es werde Unterkunft in Hotels verlangt, also nicht in Privatquartieren und Schulen. Der Termin, wann die Befehung erfolgen solle, sei noch nicht fest, doch würde in dieser Woche wohl noch nicht damit zu rechnen sein.

Metallrückgabe.

Die seit Mai l. Jrs. abgelieferten Einrichtungsgegenstände usw., können den früheren Eigentümern gegen Erstattung des dafür bezahlten Betrages wieder zurückgegeben werden. Schlusstermin für die Rückgabe ist der 19. d. Mts. Ueber die bis zu diesem Tage nicht abgeholten Metalle wird anderweit verfügt.

Bad Ems, den 11. Dezember 1918

Der Magistrat.

Danksagung.

Für die vielen herzlichen Beweise freundschaftlicher Gesinnung, die uns bei dem Ableben und der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters,

des Generaldirektors a. D.

Carl Linkenbach

in so reichem Maße durch Wort, Schrift und Blumenspenden zuteil geworden sind, sprechen wir hiermit unsern aufrichtigen Dank aus.

Insbesondere danken wir der Gesellschaft zu Stolberg und in Westfalen, den Beamten und Arbeitern des Emser Werks, der Werksfeuerwehr und dem Gesangsverein „Glück auf“ für die erhebende Feier am offenen Grabe.

Bad Ems, den 13. Dezember 1918.

Frau Ottilie Linkenbach, geb. Sommer,

Familie Otto Bieger, Braunschweig,

Familie Hans Ludw. Linkenbach, Mainz.

[22]

Demokratische Partei.

Sonntag, den 15. d. Mts., nachm. 3 Uhr

im Saale des Hof von Holland, Diez

Öffentliche Volksversammlung.

Redner: Herr Rektor Breitenstein, Wiesbaden.

Männer und Frauen von Diez und Umgebung erscheint zahlreich zu dieser Versammlung.

[247]

Der prov. Arbeitsausschuß der Ortsgruppe Diez u. Umgebung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen, und allen, die sie zur letzten Ruhe geleitet haben, sowie für die reichen Kranzspenden, sagen wir herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Christian Spiegel.

Bad Ems, den 11. Dezember 1918.

[243]

Zur Beachtung.

Die in meinem Geschäft aufgetretene Raul- u. Klauenleuse ruht lediglich von verschuldeten, bei mir untergestellten Beereskassen her.

[248]

Philipp Weyer, Bad Ems.

Straßen-Reinigung.

Damit die Stadt alsbald wieder das alte Bild der Sauberkeit bietet, bitten wir wiederholt dringend, die Straßenreinigung der größten Sorgfalt zuzuwenden.

Diez, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Ausgabe von Beleuchtungsmitteln für Dezember.

An diejenigen Familien, die ohne Anschluß an eine Beleuchtungsanlage sind, werden für Dezember bei B. Th. I. 800 Gramm Gasbid ausgegeben.

Diez, den 12. Dezember 1918

Der Magistrat.

Wieder angeschlossen:

Nassau Nr. 35.

Gies,

[218]

Nassau a. Lahn.

Rechtsanwalt u. Notar.

Ripper zur Herstellung von Pflastersteinen gegen hohen Lohn sofort gesucht.

[239]

Hartsteinwerke Ruppachthal, G. m. b. H.

Ruppach Lahn, Post Laurenburg.

[239]

Zu verkaufen:

Ein Kinderbett, ein dreiteiliges Gasläster, ein Puppenbett, eine große Puppe, eine Puppenstube u. Herd u. eine Kettung [214] Rahmstr. 36 II, Ems.

Schlosser u. Dreher

sucht Maschinenfabrik [234] Aug. Adelt Nachf., Ems.

Lehrling

glaubt. [205] Wilhelm Daniel, Bad Ems. Sprenger u. Metallwaren-Geschäft.

Diejenige Frau, welche am Mittwoch gegen Abend eine Ledertrappe bei dem Unterzeichneten abgegeben hat, wird ersucht, dieselbe bis spätestens den 14. Dez. zurückschicken, andernfalls Anzeige zu erstatten.

Albert Rosenthal, Nassau. [248]

Kirchliche Nachrichten.

Nassau.

Evangelische Kirche. Sonntag, 15. Dez., 3. Advent. Vorm. 10 Uhr: Predigt. Text: Lk. 2, 2—10. Begräbnis der heimgeschiedenen Krieger. Nachm. 2 Uhr: Begräbnis.

Nassau.

Evangelische Kirche. Sonntag, 15. Dez., 3. Advent. Vorm. 10 Uhr: Dr. W. Dr. Frey. Nachm. 2 Uhr: Dr. W. Dr. Frey. Die Amtshandlungen hat Herr Pastor Dr. Frey.

Mittwoch, den 18. Dezember. Abends 8 1/2 Uhr: Kriegshelden. Herr W. Dr. Frey.

Diez.

Evangelische Kirche. Sonntag, 15. Dez., 3. Advent. Morg. 10 Uhr: Dr. W. Dr. Frey. Abends 8 Uhr: Dr. W. Dr. Frey. Amtswoche: Dr. W. Dr. Frey.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen heute nacht 2 Uhr unser innigstgeliebtes Töchterchen, Schwesterchen und Enkelchen

Rätchen

im zarten Alter von 11 Jahren nach kurzem schweren Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefem Schmerz:

Familie Johann Schröder.

Hof Deutsch-Herrnhütte, 11. Dez. 1918.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 1 Uhr von der Friedhofskapelle Bad Ems aus statt.

[242]

Danksagung.

Für die Beweise inniger Teilnahme, die uns bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unseres lieben

Mildchens

aus der ganzen Umgebung in so reichem Maße zuzugingen, auch für die prächtigen Kranzspenden, besonders für die der städt. Beamten Oberlahnstein, sagen wir herzlichsten Dank.

Besonderen Trost geben uns auch die schönen Worte des Herrn Pfarrer Steinmetz, sowie der ergreifende Gesang des von Herrn Lehrer Bastian geleiteten gemischten Chores in Fröhen.

Jedem der vielen einzelnen zu danken für die Beweise treuer Liebe ist uns leider versagt.

Im Namen aller Angehörigen

W. Schweter.

Forsthaus b. Ems, den 12. Dez. 1918

[240]

Lastkraftwagen mit Führer

zum Anfahren von Begebauaterial sofort gesucht.

Hartsteinwerke Ruppachthal, G. m. b. H.

Ruppach Lahn, Post Laurenburg.

[239]